



Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686-3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Postgebühren oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Postgebühren

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamteinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preis: mm-Zeile 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig, Kleine Verhändlungsliste für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anzahl] 15 Pf. Nr 146

MONTAG, 27. MÄRZ 1933

ABEND-AUSGABE

## Massenaktion angekündigt Goebbels bei Hitler

Das Wolffsche Telegrammbüro teilt im Anschluß an die Meldung über eine mehrstündige Besprechung, die Reichs-Kanzler Hitler gestern in Berchtesgaden mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, hatte, folgendes mit:

„Wie verlautet, galt ein großer Teil der Besprechung auch der wirksamen Abwehr gegen die von interessierten jüdischen Kreisen in Amerika und England gegen das neue nationale Regime in Deutschland entfesselte Grenzpropaganda. In unterrichteten Kreisen wird erklärt, daß die nationalsozialistische Bewegung schon in den nächsten Tagen zu schärfsten geschäftlichen Gegenmaßnahmen in Deutschland greifen wird, um damit die intellektuellen Urheber und Anhänger ihrer lanbesverderblichen Hege, die in der Hauptsache von ehemals in Deutschland heimatisierten Juden im Ausland betrieben wird, zu treffen.“

Von unterrichteter Seite hören wir dazu, daß innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung die Ansicht besteht, daß die gegen Deutschland betriebene Hege mit entsprechenden Maßnahmen zu antworten. Die Nationalsozialistische Parteiführung meldet, daß die R.E.S.M.A. den Abwehrkampf gegen die internationale jüdische Grenz- und Propaganda gegen Deutschland in schärfster Form aufnehmen werde.

Es verlautet, daß bereits am Dienstag die Anordnungen für die Organisation einer gemäßigten Volksbewegung zur Bildung von Volkst.-Komitees gegen die jüdischen Geschäfte in Deutschland als Antwort auf die Propagandabestrebungen des internationalen Judentums ergangen. Gleichzeitig solle in einer ungenauen Propaganda-Form die Forderung nach sofortiger Einführung des numerus clausus für die Beteiligung des Judentums an bestimmten akademischen Berufen und öffentlichen Einrichtungen Ausdruck gegeben werden. Es solle dem Judentum in Deutschland an den Hochschulen, in den Berufen der Rechtsanwaltschaft und der Ärzte nur dieselbe Quote zubilligt werden, die die Juden in der Gesamtzahl der Einwohnerzahl Deutschlands ausmachen. Damit werde vielleicht gerade dieser jüdische internationalen Hege gegen Deutschland einläufig eine Revolution, in der dem Judentum kein Raum

gestülmt wurde, zum Anlaß einer schon längst erwünschten Klarstellung des Verhältnisses zwischen dem Staatsvolk und jenen, die für die ihnen gewährte Gastfreundschaft kein Verständnis aufzubringen vermögen.

## Der Abwehr-Zeldzug hat gewirkt

Beginnende Beruhigung im Ausland

Die Ankündigung der Massenaktion zur Erwidmung des antideutschen Boykotts erfolgt in einem Augenblick, wo die von amtlicher und führender privater Seite erzielte in Angriff genommene Abwehr der ausländischen Hegekampagne ihre Erfolge zu zeichnen beginnt. Reichsaussenminister Freiherr von Neurath hat dem Berliner Chefkorespondenten der Associated Press, Louis F. Kohner, ein Interview gegeben. Darin weist der Minister auf die Unwahrscheinlichkeit der Grenzpropaganda hin, bebauert gewisse Uebergriffe Einzelner, die zu Beginn der nationalen Revolution vorgenommen sein mögen, aber noch nie sei in der Geschichte eine revolutionäre Ummäuerung, wie sie sich jetzt in Deutschland vollzogen, ohne gewisse Härten gewesen. Es zeuge von der ungeheuren, dem deutschen Volk innewohnenden Disziplin, daß derartige Eigenmächtigkeiten nur in äußerst wenigen Fällen und auch dann nur in verhältnismäßig milder Form vorgekommen seien. Die jüdischen Propagandisten im Ausland erwieilen ihren Glaubensgenossen in Deutschland keinen Dienst, wenn sie durch entstellte und falsche Nachrichten den Eindruck geben, daß sie selbst vor Lüge und Verleumdung nicht zurückföckten, um die jegliche deutsche Regierung zu bestimmen. Ein prominenter jüdischer Panier habe einem amerikanischen Korespondenten erklärt: Wir erwiderten uns eine Ermittlung des Auslandes, wir deutschen Juden kein Genur für die Berichtigung der Auslandskorespondenten sei keine Rede. In den wenigen Fällen, wo tatsächlich seitens der Telegrafenselbstredie auf Grund eines internationalen Abkom-

mens Berichts fremder Korespondenten angehalten wurden, handelt es sich um Meldungen, die entweder falsch oder derartig entstellbar waren, daß ihre Verbreitung einwandfrei als fälschungsfähig angesehen werden mußte.

## Eine Erklärung des Staatssekretärs Hull

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 27. MÄRZ

Den führenden Persönlichkeiten der Protestaktion gegen die angelegten Judenimmigrationskontrollen in Deutschland hat Staatssekretär Hull telegraphisch das Ergebnis seiner Untersuchung mitgeteilt, die der amerikanischen Völkischer in Deutschland vorgenommen hat. Danach hat sich ergeben, daß die während des Umhängens kurze Zeit vorgekommenen Ausstellungen numerar als so gut wie beendet betrachtet werden könnten. Die deutsche Regierung habe diese Vorgehensweise mit enfter Sorge verfolgt und energische Gegenmaßnahmen ergriffen. Auch die Verhaftung von Juden in ihrer Versuchungsbau habe nachgelassen. Staatssekretär Hull erklärt, er hoffe, daß die Zustände in Deutschland, die in ganz Amerika so große Bedenken hervorgerufen hätten, bald wieder normal würden. Zwangsmittel werde er fortsetzen, die Tage mit Aufmerksamkeit und wohlwollendem Interesse zu verfolgen, und mit dem Wunsch, auf jede mögliche Weise zu helfen.

Der vorliegende Bericht in den Vereinigten Staaten beständige Präsident des Zentral-Berlins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Ernst Wallach, hat dem Gouverneur des Staates New York, Lehman, erklärt, es möchte die für heute abend anberaumte große Protestversammlung im Madison Square Garden abgefragt werden oder, falls die Abfrage der Berlammtung nicht möglich sei, so möge der Gouverneur auf die Redner einwirken, Neuzugänge gegen Deutschland zu unterlassen, denn die deutsche Regierung sei erfolgreich bestrebt, die Ordnung wiederherzustellen. Stattdessen Wallach erklärte, das deutsche Judentum New Yorks lehne eine Beteiligung an der Protestdemonstration ab. Der Berseher der „New-Yorker Staatszeitung“, Ribber, der ursprünglich als Redner vorgesehen war, hat abgelehnt.

Im ganzen kann man sagen, daß die deutsche Gegenbewegung gegen die hemmungslose Hegepropaganda, die nun fast acht Tage sich auswirken konnte, sichtlich beruhigend gewirkt hat. Bereits jetzt sind die Grenzimmigrationskontrollen fast gänzlich aus den Spalten der New-Yorker Zeitungen verschwunden. Den größten Eindruck machte es, daß ausländische Journalisten zu den politischen Diskussionen gelassen wurden, die hier als ermodet oder schwerwiegend galten, wie Pöhlmann, von Offizier und Penn.

## Die Auslandspressen bei den politischen Gefangenen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 27. MÄRZ

Begleitet von dem Chef der Berliner Völkischen Polizei, Oberregierungsrat Diers, hat der Berliner Korespondent des „Sunday Express“, Sifton Delfmer, im Polizeigefängnis am Alexanderplatz die dortigen Schutzhaftgefangenen Pöhlmann, Geyersbaltzer Siegf. („Rote Fahne“), Ziegler, Ludwig Penn und von Offizier getroffen. Er erklärte, daß die Gefangenen aus dem letzten Anlauf zu fragen gese. Auch hätten sie erklärt, daß sie in keiner Weise unter schlechter Behandlung zu leiden gehabt hätten. Siegf. habe sich beklagt, daß er mit seinem Anwalt keine Föhlung

## Japans Austritt verkündet

Die offizielle Erklärung nach Genf übermitteln

Sonderbericht der Vossischen Zeitung

TOKIO, 27. MÄRZ

Seute nachmittag um 2 Uhr (6 Uhr morgens Berliner Zeit) empfing der Kaiser Premierminister Saito, der ihm den gefassten Beschluß über den Austritt Japans aus dem Völkerbund zur Billigung vorlegte. Der Kaiser sanktionierte den Beschluß und beauftragte den Ministerpräsidenten, namentlich dem Völkerbund offiziell den japanischen Austritt anzukündigen. Die Note wurde daraufhin gegen drei Uhr nachmittags nach Genf übergeben.

Die nach Genf überbrachte Rundgebung umfaßt drei Gelehrtenkreise und lautet in ihren Hauptzügen: „Bei der Suche nach einer Lösung der mandchurischen Frage hat die Völkerbund-Mehrheit der Aufrechterhaltung unbrauchbarer Formeln mehr Gewicht beigemessen, als ihrer wichtigen Aufgabe, den Frieden zu sichern. Sie hat der Durchföhrung akademischer Theorien größeren Wert zuekannt, als der Ausmerzung von pazifischen Konfliktmöglichkeiten. Aus diesen Gründen und wegen tiefgehender Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Japan und dem Bundesoberste über die Auslegung des Bundesstatuts und anderer Berträge entstanden sind, ist die japanische Regierung zu der Ueber-

zeugung gelangt, daß über die Friedenspolitik insbesondere für die Schöpfung eines fernöstlichen Dauerfriedens unversöhnliche Gegensätze bestehen. Die japanische Regierung glaubt deswegen, daß keine Möglichkeit mehr für eine weitere Zusammenarbeit mit dem Völkerbund gegeben ist und findet hiermit auf Grund der Völkerbundung ihre Absicht an, aus dem Völkerbund auszuscheiden.“

Gleichzeitig mit dem Text der Note wurde ein kaiserliches Edikt an das japanische Volk veröffentlicht. Der Kaiser betont darin, daß er gern nach der Politik des Kaisers Taisho weiter an den Völkerbundarbeiten teilgenommen hätte, aber nach den Gegenständen, die sich in der mandchurischen Frage ergeben hätten, der Regierung den Austritt zum Völkerbundbaustell hebe geben müssen. Japan werde aber weiterhin verhalten, sich an der Friedensföderung zu beteiligen und nicht versuchen, mit den Mächten außerhalb des Fernen Ostens freundliche Beziehungen zu unterhalten. Das Edikt schließt in traditioneller Weise mit dem Wunsch an die Untertanen, ihre Pflicht in dieser Zeit nationaler Schwierigkeiten in Uebereinstimmung mit den Wünschen der kaiserlichen Eltern und des letzten Kaisers Taisho zu tun. Der Austritt, der von allen Ministern gegenseitig ist, wurde durch eine Extrausgabe der offiziellen Zeitungen bekanntgemacht. W. Sch.